

## Gender Mainstreaming in der EU – Aktueller Stand

Als die EU das sogenannte Gender Mainstreaming als offizielles politisches Konzept im Hinblick auf die Gleichstellung der Geschlechter annahm, galt es als potenziell revolutionäres Mittel, um schneller Fortschritte zu erzielen und eine tatsächliche Gleichstellung von Männern und Frauen zu erzielen. Zwanzig Jahre später haben Bedenken hinsichtlich der zersplitterten Umsetzung in den verschiedenen Politikbereichen und Organen auf Ebene der Union und der Mitgliedstaaten weiterhin Bestand. Das Europäische Parlament bewertet regelmäßig seine eigenen Fortschritte in diesem Bereich, und bei der Plenartagung im Januar soll über einen Bericht des FEMM-Ausschusses über Gender Mainstreaming im Parlament diskutiert werden.

### Was ist Gender Mainstreaming?

In manchen Bereichen, z. B. Bildung und Beschäftigung, ist die geschlechtsspezifische Dimension offensichtlich. In anderen, wie etwa Handel oder Klimawandel, ist sie vielleicht nicht derart unmittelbar zu erkennen. Die Politik kann jedoch über das gesamte Spektrum hinweg, einschließlich dieser scheinbar „neutralen“ Bereiche, verschiedene Auswirkungen auf Frauen und Männer haben und unbemerkt dazu beitragen, Ungleichheit und Diskriminierung zu verfestigen. Um sicherzustellen, dass diese Auswirkungen berücksichtigt werden, wurde unter anderem das „Gender Mainstreaming“ entwickelt. Gemäß [Definition](#) der Europäischen Kommission von 1996 beinhaltet der Begriff Gender Mainstreaming, „die Bemühungen um das Vorantreiben der Chancengleichheit nicht auf die Durchführung von Sondermaßnahmen für Frauen zu beschränken, sondern zur Verwirklichung der Gleichstellung ausdrücklich sämtliche allgemeinen politischen Konzepte und Maßnahmen einzuspannen“. Beim Gender Mainstreaming geht es gerade nicht um Frauen, sondern darum, dass dafür gesorgt wird, dass die Erfahrungen und Sorgen von Frauen *und Männern* in die Gestaltung, Durchführung, Überwachung und Bewertung von Politik-, Gesetzgebungs- und Ausgabenprogrammen einfließen und dass sowohl die Rechte von Einzelpersonen als auch strukturelle Ungleichheiten angegangen werden. Darüber hinaus geht es darum, die Organe und ihre Funktionsweise zu überprüfen, auch im Hinblick auf die Vertretung von Frauen und Männern innerhalb von Politikbereichen und Entscheidungsstrukturen.

### Wie funktioniert das?

Um die Grundsätze des Gender Mainstreaming in die Tat umzusetzen, wurde eine [Reihe von Verfahren](#) entwickelt, darunter auch ein Zyklus aus [geschlechtsspezifischer Analyse](#), [Folgenabschätzung](#), [Haushaltsplanung](#) und [Bewertung](#). Damit dies wirksam funktionieren kann, bedarf es umfassender [Statistiken, die nach Geschlecht aufgeschlüsselt sind](#), und [geschlechtsspezifischer Indikatoren](#). Über diese „technischen“ Aspekte hinaus gilt es, die Meinung von Sachverständigen für Gleichstellungsfragen, Frauenorganisationen und anderen Interessengruppen in den Prozess einzubeziehen. Weitere [Voraussetzungen](#) für ein systematisches und effektives Gender Mainstreaming sind ein hohes Maß an Engagement, die Schulung des Personals, eine Koordinierung über die Politikbereiche hinweg und eine angemessene Mittelausstattung. Allerdings ist Gender Mainstreaming per se kein politisches Ziel, sondern vielmehr ein Instrument, um die Gleichstellung der Geschlechter zu fördern, indem Gleichstellungsfragen aus ihrer kleinen Nische in die allgemeinere Politik verlagert werden.

### Warum ist das wichtig?

Geschlechterfragen einzubeziehen, kann entscheidend dafür sein, ob auf die Bedürfnisse der Menschen eingegangen wird oder nicht und ob eine Politik gut oder unwirksam oder sogar kontraproduktiv ist. Im Bereich der humanitären Hilfe beispielsweise [weist](#) die Kommission darauf hin, dass Hilfsmaßnahmen, die nicht geschlechts- oder altersspezifisch sind, weniger wirksam sind und die Gefahr besteht, dass sie die am stärksten gefährdeten Menschen nicht erreichen oder ihren jeweiligen Bedürfnissen nicht angemessen Rechnung tragen. Die Kommission hat [Leitlinien](#) und einen [Geschlechtergleichstellungs- und Altersmarker](#) entwickelt, damit in diesem Bereich systematisch die Gleichstellungsfrage berücksichtigt wird. In der [Entwicklungszusammenarbeit](#) wiederum wirkt die Kommission auf das [Ziel](#) hin, bis 2020 Gleichstellungsmaßnahmen in 85 % aller neuen Initiativen durchgängig einzubeziehen. Auch in den Bereichen [Entwicklung](#) und humanitäre Hilfe hielt das Gender Mainstreaming Einzug, und bei der Umsetzung sind sie führend. Allerdings wird seine Bedeutung auch zunehmend in anderen [Politikbereichen](#) anerkannt. Einer [Studie](#) zur EU-Handelspolitik zufolge kann ein besseres Verständnis des Gleichstellungsaspekts bei Handelsabkommen helfen, beide Geschlechter vor nachteiligen Auswirkungen zu schützen und die Qualität der Politik zu verbessern. [Geschlechtsspezifische Analysen](#) belegen ebenfalls die unterschiedlichen Folgen des Klimawandels für Frauen und Männer, was Auswirkungen auf die künftige Klimapolitik hat. Das Europäische Parlament hat unter anderem darauf hingewiesen, dass für Fragestellungen wie [Migration](#), [Entwicklung](#), [Handel](#), [Klimawandel](#) und [digitaler Wandel](#) geschlechtsspezifische Lösungen gefunden werden müssen. Wie der [EU-Gleichstellungsindex von 2017](#) zeigt, besteht noch ein erhebliches Geschlechtergefälle in der EU, was geschlechtsspezifische politische Maßnahmen erforderlich macht.

## Wie geht die EU vor?

Bei der [Vierten Weltfrauenkonferenz der Vereinten Nationen](#) 1995 in Peking, bei der das Konzept des Gender Mainstreaming von der EU beworben wurde, wurde das Gender Mainstreaming international zur wichtigsten globalen Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter [erklärt](#). Mit dem Vertrag von Amsterdam (1997) wurde es zum offiziellen politischen Konzept in der EU und ihren Mitgliedstaaten, und die Rechtsgrundlage wurde mit Artikel 8 AEUV verstärkt, in dem die Verpflichtung zur Beseitigung von Ungleichheiten ebenso enthalten ist wie die Verpflichtung zur Förderung des Grundsatzes der Gleichstellung von Frauen und Männern bei allen Maßnahmen. Die EU verfolgt ein [zweigleisiges Konzept](#) mit der Einbeziehung des Gleichstellungsaspekts in allen Bereichen einerseits und konkreten positiven Maßnahmen für Frauen zur Beseitigung, Verhinderung oder Behebung von Ungleichheiten andererseits, das erstmals in der [Mitteilung](#) von 1996 über die Einbindung der Chancengleichheit in sämtliche politischen Konzepte und Maßnahmen der Gemeinschaft dargelegt wurde. Bei seiner Einführung wurde [festgestellt](#), dass Gender Mainstreaming nicht nur ein potenziell revolutionäres, sondern auch ein besonders anspruchsvolles Konzept ist, das die Berücksichtigung des Gleichstellungsaspekts durch alle wichtigen Akteure im politischen Prozess erfordert, die möglicherweise kaum Erfahrung mit bzw. Interesse an Gleichstellungsfragen haben. Jedes Organ der EU hat ein [eigenes](#) System und steht daher vor besonderen Herausforderungen.

## Wie funktioniert es im Europäischen Parlament?

Das Europäische Parlament unterstützte bereits sehr früh das Gender Mainstreaming: Es [befürwortete](#) den ursprünglichen Vorschlag der Kommission, nahm 2003 eine [Entschließung](#) zu Gender Mainstreaming im Europäischen Parlament an und richtete eine [Hochrangige Gruppe für die Gleichstellung der Geschlechter und Vielfalt](#) ein, um das Konzept zu fördern. Der Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter ([FEMM](#)) des Europäischen Parlaments ist die wichtigste für die Berücksichtigung des Gleichstellungsaspekts in allen Politikbereichen zuständige Stelle. Seit der 7. Wahlperiode konnte der FEMM-Ausschuss dank Gender-Mainstreaming-Änderungsanträgen ([GMA](#)) den Gleichstellungsaspekt in die Berichte anderer Ausschüsse zu konkreten Themen einführen. Ein Gender-Mainstreaming-Netz unter Leitung und Koordinierung des FEMM-Ausschusses verbindet Mitglieder des Parlaments und Bedienstete, die dafür zuständig sind, für die Berücksichtigung von Gleichstellungsfragen bei der Arbeit der Ausschüsse und Delegationen zu sorgen. Die meisten Ausschüsse haben außerdem inzwischen eigene [Aktionspläne](#) zum Gender Mainstreaming erarbeitet. Was eine ausgewogene Vertretung von Frauen und Männern im [Generalsekretariat](#) betrifft (Links zum Intranet des EP), nahm das Präsidium im Januar 2017 einen [Bericht](#) an, in dem die Fortschritte im Laufe der letzten zehn Jahre bewertet wurden, gefolgt von einem [Fahrplan](#) mit Maßnahmen für den Zeitraum 2017–2019.

Seit [2011](#) bewertet das Parlament regelmäßig seine Gender-Mainstreaming-Politik, die auch in einer [Studie](#) von 2014 ausgewertet wurde. Die erste [Entschließung](#) dieser Wahlperiode wurde 2016 angenommen. Am 27. November 2018 nahm der FEMM-Ausschuss einen zweiten [Bericht](#) über Gender Mainstreaming im Parlament an, in dem die Bilanz der Arbeit der zwei vergangenen Jahre gezogen und Empfehlungen für die Wahlperiode 2019–2024 ausgesprochen wurden. In dem Bericht, über den bei der Plenartagung im Januar diskutiert werden soll, wird betont, dass die [derzeitige ausgewogene Vertretung von Männern und Frauen](#) in politischen und administrativen Positionen verbessert und das Gender-Mainstreaming-System des Parlaments wirksamer gestaltet werden muss, indem beispielsweise die Koordinierung zwischen den verschiedenen beteiligten internen Stellen verbessert wird, der Gleichstellungsaspekt beim Haushalt berücksichtigt wird, regelmäßig Schulungen zum Gender Mainstreaming für Mitglieder des Parlaments, Assistenten und Bedienstete angeboten werden und die Zusammenarbeit mit den übrigen Organen der EU und externen Interessengruppen verbessert wird.

## Wie wirksam war es bisher?

Vor dem [strategischen Engagement für die Gleichstellung der Geschlechter \(2016–2019\)](#) der EU wurde viel über die Umsetzung des Gender Mainstreaming in der EU und den Beitrag zur konkreten Erreichung der Gleichstellung der Geschlechter [diskutiert](#). Allgemein herrschte der Konsens, dass die Umsetzung trotz des erheblichen Engagements für das Konzept in den Organen der EU und den Mitgliedstaaten weiterhin zersplittert ist und es zu wenig Auswertung und Rechenschaftspflicht gibt. Bewertungen der Einführung in verschiedenen Politikbereichen [ergaben](#), dass die Verpflichtung zur Gleichstellung der Geschlechter und zum Gender Mainstreaming sich nicht in den Ausgaben niederschlug und dass die geschlechtsbezogene Haushaltsplanung [erweitert](#) werden muss. Bei [Konsultationen der Interessenträger](#) wurde ermittelt, welche Maßnahmen die vorteilhaftesten Auswirkungen auf Gender Mainstreaming haben: Zielvorgaben für Politikbereiche und Überwachung der Ergebnisse (44,2 %), geschlechtsbezogene Haushaltsplanung (36,3 %) und die Berücksichtigung des Gleichstellungsaspekts bei Folgenabschätzungen (33,4 %). Gender Mainstreaming wurde als Priorität in das strategische Engagement aufgenommen. Allerdings äußerte das Europäische Parlament unter anderem [Bedenken](#) angesichts des [geringen Status](#) des Konzepts und forderte ein stärkeres Instrument. In dem [Bericht](#) der Kommission über die Gleichstellung von Frauen und Männern von 2018 kommt die Kommission zu dem Schluss, dass Gender Mainstreaming noch nicht so solide ist wie geplant, und jüngsten wissenschaftlichen Bewertungen [zufolge](#) ist es auch weiterhin weniger stark in das institutionelle Geflecht der Entscheidungsfindung auf EU-Ebene eingebunden als vergleichbare Instrumente, etwa die Bewertung.

Initiativbericht: [2018/2162\(INI\)](#); federführender Ausschuss: FEMM; Berichterstatlerin: Angelika Mlinar (ALDE, Österreich).

Dieses Dokument wurde für die Mitglieder und Bediensteten des Europäischen Parlaments erarbeitet und soll ihnen als Hintergrundmaterial für ihre parlamentarische Arbeit dienen. Die Verantwortung für den Inhalt dieses Dokuments liegt ausschließlich bei dessen Verfasser/n. Die darin vertretenen Auffassungen entsprechen nicht unbedingt dem offiziellen Standpunkt des Europäischen Parlaments. Nachdruck und Übersetzung – außer zu kommerziellen Zwecken – mit Quellenangabe gestattet, sofern das Europäische Parlament vorab unterrichtet und ihm ein Exemplar übermittelt wird. © Europäische Union, 2019.

